

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 2ten  
u. 3ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im kgl. Sachsen  
u. Herzg. Sachl. - Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Lucbers,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haß,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

## Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Veranstaltungen betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergütungs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 31.

Samstag 15 März.

1874.

### „Gegen das allgemeine unbeschränkte Wahlrecht.“

(Aus der „Kölnischen Zeitung“.)

Berlin, 8. März 1874.

So lautet der Titel einer kleinen Broschüre, die vor Kurzem an die Reichsboten verteilt wurde. „Die Reaktion mit vollen Segeln“, wäre der beste Titel gewesen, wenn man den Inhalt kurz und schlagend hätte kennzeichnen wollen; denn da kommt jedenfalls einer der hohen Herren, die dank dem bereits genügend verstimmelten allgemeinen direkten Wahlrecht parlamentsfähig geworden sind und jammert über die „Majorisierung aller Intelligenz und alles Wohlstandes“ durch das unbeschränkte, allgemeine Wahlrecht und scheint dabei ganz vergessen zu haben, welche famosen Mittel in der verflochtenen Wahlkampagne gespielt haben, wovon die Wahlprüfungen vor dem Plenum noch lauter erzählen werden, als die Wahlprüfungsberichte in den Abtheilungen schon erzählt haben.

Nicht genug, daß durch unsere vortreffliche Gesellschaftserziehung und Organisation, in Gestalt der als Evangelium gepriesenen geistigen und leiblichen Lebensinsicht der Massen, ein Census erfunden ist, der jeden biedereren Pfaffen und Junker mit Himmelsheiligkeit erfüllen muß — siehe Reichstag — nein, die feindlichen Brüder sinnen auch noch darauf, sich in der Bedrohung der Massen den Rang abzulaufen und Bruder Gelosad ruft thranenfeuchten Auges aus: „Die heiligsten Interessen des Vaterlandes und des Reiches sind durch das allgemeine direkte Wahlrecht dem Einfluß einer untheilbaren, von blindem Fanatismus und gewissenloser Demagogie geleiteten Massen preisgegeben. Der Zweck jedes Staatslebens und insbesondere des deutschen geht dahin, daß der Bürger, geschützt nach außen und im Innern unbedrängt durch unnötige Beschränkungen, seine geistigen und körperlichen Kräfte frei und gleich zum eigenen Wohl und zum Heile der Gesamtheit, entwickeln könne. Ihn (den Bürger, so fährt Bruder Gelosad fort) zur Selbstbewußtheit und Urtheilskraft zu erziehen, begreift die Volksschule, wenn sie aus ihrer theilweisen Verdümmung in richtigere Bahnen gelenkt wird.“

Es wäre naïv, wenn wir nach dieser Darlegung den Staatsgelehrten fragen wollten, was er unter Vaterland Anderes versteht, als das Vaterland der unbeschränkten Ausbeute, das Vaterland „der Intelligenzesten, Gebildeten und Wohlhabendsten“ (wie er sich Seite 7 weiter äußert), die einen überwiegenden Einfluß auf die Gesetzgebung haben müssen. Er schlägt deshalb bei direkter Wahl einen mäßigen Census der direkten Staatssteuer vor, von dem er gleich anfügt, daß ihm freilich eine gewisse Willkür anhafte — allein, wo gibt es ein absolutes Barometer? — tröstet der Gerechtigkeitsliebende.

„Die Ultramontanen, welche die mittelalterliche Unterjochung des Staates unter die Kirche anstreben, und — die Sozialisten, welche ernten wollen, ohne zu säen, gemessen, ohne zu arbeiten (S. 3 und 4), die Arbeiter, welche nicht sparen (so weit es geht) — aha! —, sondern ihre Löhne in übermüthiger Genussucht ins Wirthshaus wandern lassen“ u. s. w., und — „ein sentimental schwaches und mildes Strafrecht“ u. s. w. sind schuld daran, daß das allgemeine direkte Wahlrecht, mit Hilfe demagogischer Mittel, Wirthshausreden und dergleichen, so ganz besonders gefährlich ist! — Und, es bedarf ja keines Beweises, daß es widerständig ist, den Ungebildeten, Untheilbaren, Abhängigen, durch keinerlei Beschäftigung mit dem Staate Verbundenen dieselben Rechte, denselben Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewähren, wie dem Gebildeten, Besitzendsten!

So, und zwölf volle Seiten lang, demonstirt der „Reichstreue“, um am Schluß anzuknüpfen: „Der Reichskanzler hat im Laufe der Zeit zu viel gelernt und sich nie gekümmert, eine gewonnene bessere Ueberzeugung offen zu bekennen, als daß er nicht auch einen früher begangenen und durch seitherige Erfahrung erkannten Irrthum über das Prinzip der Wahl zu berichtigen suchen sollte! Sollte es aber beim Alten bleiben, sollte eine ultramontan-sozialistische Verbrüderung die Mehrheit der Stühle unserer Gesetzgeber besetzen, dann, wehe dem deutschen Reiche — wehe aller Cultur und Civilisation!“ Ah, daß ihm's doch graufte, dem Herrn Reichskanzler, denn „die Sozialisten lehnen sich gegen jede staatliche Ordnung“, wie der gebildete Reichstreue genau weiß, und nur „direkte Wahl mit mäßigem Census“ kann retten!

Man sieht, dem Manne sibt der Wahlscherd noch tüchtig in den Gliedern, und da die Ultramontanen im Reichstag noch so wenig in Reichseindlichkeit gemacht haben, können sich die paar Sozialisten nicht wenig darauf einbilden, daß ihnen so entfechtete Gewalttheilung beigemessen werden. Aber da sagt ja unser Reichstreue, sich Seite 10 den Anglistischweiss trockenend, wörtlich: „So lange unsere Landeskinder so trübselig und frisch sich zum Kriegsdienste stellen, so lange brauchen wir die Revolution der Sozialdemokraten nicht zu fürchten,“ und zuvor: „daß es am Rhein noch genug Ehre und Treue gibt, um den Vaterlandsverrätther zu allererst niederzuschlagen!“

Der Herr Reichsfideliö“ sibt seiner Arbeit eine Tabelle bei, die über die Zahl der Urwähler im preussischen Staate von Anno 1849“ Auskunft gibt, um dem Leser anschaulich zu machen, in welche Portionen der Besitz und die damit stets in Verbindung gedachte Bildung sich vertheilen. Wir geben sie hier wörtlich, denn sie beweist für uns, mit wie viel Recht solche Minoritäten die erste Reihe im Staate des majorisirenden Parlamentarismus spielen, und gibt zugleich Manchem Gelegenheit, weiter darüber nachzudenken.

1) Personen, die den wohlhabenden und gebildeten Ständen angehören:

Rittergutsbesitzer, Geistliche, Lehrer (mit Ausschluß der Elementarlehrer), Sanitätspersonal, Civilbeamte im Staatsdienste, Offiziere im Dienste, Fabrikherren, Rentiers, Pensionäre u. s. w. . . . . 5,30

2) Mittlerer Stand:  
Elementarlehrer, Handwerks- und Webermeister, Mühlenbesitzer, Krämer, Schiffer, Fuhrherren, Gast- und Schenkwirthe, Landbesitzer von 50—250 Morgen . . . . . 25,78

3) Arbeiterklasse und ganz kleine Besitzer:  
Geringere Weber, kleine Krämer, kleine Schenkwirthe, Handwerksgehilfen, Arbeiter in Fabriken, Bergleute, männliches Gesinde, Tagelöhner, Holzhauer, Handarbeiter u. s. w., Landbesitzer unter 50 Morgen, Landleute ohne Gespann, Inskente u. s. w., Militär unterer Grade u. s. w. . . . . 68,92  
100 pCt.

„Die Zusammensetzung ist zwar etwas alt (sagt der Verfasser), indessen hat sie gewiß seit 1849 die dritte Abtheilung eher vermehrt, als vermindert“ — und er macht damit zunächst ein Zugeständniß an die Richtigkeit der sozialistischen Wissenschaft und Lehre, die da behaupten, daß die Massen der Nichtbesitzenden täglich wachsen, der Mittelstand zerbröckle und die sogenannten Besitzenden um ganz unbedeutend geringe Köpfe vermehrt werden, und daß demzufolge solche unnatürliche Zustände beseitigt werden müssen.

Was indef noch Alles aus einer solchen Tabelle herauszulesen ist, die man den Muth hat, einem Schriftchen beizugeben, in welchem die Wohlthat von Regierungs- und Gesetzgebergrundlagen gepriesen werden soll, in deren Folge, um mit dem Verfasser selbst zu reden, „die Zahl der bisig. und mehr oder weniger urtheillosen Klassen“ sich eher vermehrt, als vermindert hat, das werden wir gleich sehen.

Es ist bekannt, daß das preussische Dreiklassenwahlsystem, nach Bismarck's eigenem Wort, eines der erbärmlichsten, den Grundgedanken, dem Besitz die Allmacht in der Gesetzgebung zu sichern, am präzisesten zum Ausdruck bringen sollte; da nach Meinung gewisser Leute Besitzende auch vorwiegend Gebildete sind, so sollte man nun erwarten dürfen, daß dieselben da, wo sie in der That am Ruder waren, wie z. B. in Preußen, mit der Gesetzgebung etwas mehr erzielen konnten, als die selbsthingestandene Wehrung der Nicht- oder Wenigbesitzenden und die Verminderung des Mittelstandes! Wenn die Zergliederung der Staatsgewalt, die der Verfasser gegeben hat, keine hohle Redensart sein soll, so könnte man wohl fragen: und wie kommt es dann, daß Eure Gesetzgebung seit 1849 zunächst in Preußen die Entfaltung der geistigen und körperlichen Kräfte, frei und gleich zum eigenen Wohl und zum Heile der Gesamtheit nicht hat bewirken können? Wie kommt es vielmehr grade, daß der überwiegend größte Theil der Gesamtheit Eures Muster-Klassenstaates hinter der Brustwehr schamlos berechneten Wahlcensus von jedem durchgreifenden Einfluß auf die Gesetzgebung abgehalten, arm geblieben und seine Zahl vermehrt ist? Wie kommt es ferner, daß der Mittelstand zu den ärmern Geworbenen sein ganz nennenswerthes Contingent liefert? Wie kommt es endlich, daß Eure wohlhabenden und gebildeten Personen unter 1) der Tabelle sich bei alledem noch wohl fühlen und Nichts thun möchten für die Besinkenden? Und soll es so weitergehen? Hat der Sozialismus mit seinem „Petroleum- oder Carr alter Bundesgenosse Ultramontanismus“ mit seinem „Weißwasser“ das Bessere verhindert? Oder wer sonst außer Euch selbst?

Wäre unser „Reichsfideliö“ nicht ein gar so lustiger Kauz, der gleich dem guten Vären seinem Herrn die Fliege von der Nase jagen will und ihn aus Aufmerksamkeit todtschlägt mit seiner tolpatschigen Toga, wir würden ungeduldig werden; so aber mag es genügen, nach Lassalle (siehe seine Vertheidigungsbrede „Die direkten Steuern“) zu sagen: „Und diese Handvoll Leute ist es, die sich stets für den Staat angibt, die oben schwimmt und von sich und ihren Systemen ein Erhebendes macht, stets bereit, alle Verantwortung und alle Lasten auf die große, bestlos und mündtobt gemachte Masse abzuwälzen und immer schlafertig mit neuen Fesseln.“ Ist es Hoch oder Thorheit, den Ungebildeten, Untheilbaren, Abhängigen zu machen, nachdem sie durch solch berechnete Systeme leiblich und geistig geknebelt sind!? Eure Intelligenz, Eure Bildung, Eure Wohlhabenheit nähert sich und hält sich allein auf solchem Untergrund, Ihr Heuchler!

Und, so wenig dem Volke noch an Begriffsfähigkeit beizubringen ist, so viel vermag es noch inne zu werden, daß es zu den Lasten des Staates nicht nur gar nichts oder äußerst wenig beiträgt, wie der Reichstreue meint, sondern daß es vielmehr nach Maßgabe der Tabelle des statistischen Bureau's zu Berlin von 1849 noch heute seine Neunzehnwanzigstel zur Erhaltung des Staates, wenn nicht Alles beizutragen gezwungen wird.

Mit Leuten, die die Dummheit begehen, zur Anpreisung ihrer Systeme ihre eigenen Sünden zu Markte zu tragen, wäre es Lurus, über die Steuerysteme und ihre Wirkung auf die Volkswirtschaft zu rechten. Ihnen haben wir nur das Eine zu sagen, daß die Zeiten des politischen Humbug's vorüber sind.

Dann aber haben wir zur öffentlichen Kenntniß in weiteste Kreise zu bringen, wie weit abgemirchschafte eine Partei sein muß, die solche Vorseher hat und solche kläglichen Handgriffe braucht,

um sich oben zu halten. Geben wir darum dem unsterblich lächerlichen Helden zum Schluß noch einmal das Wort hinter dem parlamentarischen Suddasien. Er sagt S. 10:

„Was wir von den Ultramontanen und Sozialisten zu erwarten haben, ist schon oben angedeutet.“

„Dagegen wird anzunehmen sein, daß die nationalliberale Partei dem gesunden Menschenverstande und den wahren Interessen des Reichs zustimmen werde.“

„Auch in der Partei des Fortschritts regt es sich, und es sind darin mehrfach Stimmen vernommen worden für eine Aenderung wie die vorgeschlagene.“

Der gesunde Menschenverstand lehrt uns, daß die wahren Interessen eines Reichs, das nach so kurzem Bestand zu „direkten Wahlen mit mäßigem Census“ greifen muß, um seinen Bestand und seine Cultur zu sichern, zunächst darin beruhen dürften, zu erkennen, daß es auf thöurnen Füßen steht, wenn es nicht die Gewalt zu Grundpfählen hat, welche mit den für das sozialistische Prinzip im Wege des allgem. direkten Wahlrechts abgegebenen vierhunderttausend Stimmen in unverschieblichen Unionen gekennzeichnet sind und die da heißen: „Selbstherrschafft des Volks.“ „L'état c'est moi!“ (der Staat bin ich) soll jener Franzosenkönig gesagt haben; — „Abgelöst, Majestät,“ rief später das Volk, „der Staat sind wir!“

### Politische Uebersicht.

— Ein „wissenschaftlicher“ Charlatan. Die unseren Lesern bekannt ist, hat der berühmte literarische Klopfflechter des Hauses Hohenzollern, der mit knapper Noth durch's Examen geschlüpfte Pamphletschreiber Treitschke einen „Ruf“ an die Berliner Universität bekommen, die den Anbetern der heiligen Dreieinigkeit Infanterie, Cavallerie und Artillerie nicht schnell genug zu Grunde geht. Bis dato machte belagter Treitschke die Unversität Heidelberg unsicher, und ist daselbst ihm zu Ehren am 1. d. Mts. ein „Abschiedscommer“ gefeiert worden, über den wir in den nationalen Blättern (z. B. Norddeutsche Allgemeine Ztg. vom 7. d. Beilage) Folgendes lesen: „Die Universität bezug gestern (1. März) in dem festlich geschmückten Museumsaal eine Feier, wie sie schöner und erheuerender wohl selten hier begangen wurde. (Das that und für Heidelberg aufrichtig leid.) Die patriotische (Auffeuerliche) Stimmung, welche alle Anwesenden beherrschte, war eine begeisterte (außer Bier wurde auch Wein getrunken; es soll sogar trotz des Patriotismus eine ziemliche Quantität erbsindlichen Cognacs vertilgt worden sein), und gern werden sich diese noch in späteren Zeiten der wahrhaft erheuernden Worte erinnern, mit welchen Heinrich von Treitschke von seinen hiesigen Collegen Abschied nahm. Nach dem Toaste auf Kaiser und Reich (inclusive Stieber) und auf den Großherzog als Beschützer unserer Universität durch den derzeitigen Prorektor, Prof. Stark, brachte Herr Ribbed, als Vertreter der philosophischen Fakultät, das Hoch auf den Gefeierten (den Treitschke) aus. „Keiner habe es so verstanden, wie von Treitschke, die Jugend patriotisch (Auffeuerlich) zu bilden (sit venia verbo! Wir ritten für das Wort um Verzeihung) und für die idealen Ziele (Infanterie, Cavallerie, Artillerie nebst Polizei und Reptilienfonds) vorzubereiten.“ In seiner dankenden Erwiderung hob der Gefeierte (der Treitschke) — freilich ein ominöses Ausgleiten der Feder, diesen Spielwörter der Tagesgötzen den „Gefeierten des Tags“ zu nennen) hervor, welches Wagniß es (unter dem Saug der preussischen Infanterie, Cavallerie, Artillerie, Polizei, Preßbureau) anfänglich für ihn gewesen sei, den Rhythmus eines Schlosser und Häufser zu befeigen. Die ungeschminkte Wahrheit zu sagen, das sei das Ziel gewesen, nach dem er gestrebt habe, ebenso wie jene hervorragenden Geister (wir werden gleich sehen, was der Treitschke unter der „ungeschminkten Wahrheit“ versteht), aber er habe sich nicht gescheut, diese Wahrheit aufzusuchen zugleich vom echt nationalen (Hohenzollern'schen) Standpunkt, und diesen letzteren (den „nationalen“ Hohenzollern'schen Gesichtspunkt) habe er stets mit besonderem Akzent (anderer Ausdruck für „ungeschminkte Wahrheit“) hervorgehoben, zum Troge jener auch von Schlosser noch angestrebten, aber niemals erreichbaren historischen Objektivität, bei der aller reale Boden geschwunden ist (für das Volk von der Sorte Treitschke und Consorten) und nur unsterblich in grau gemalt wird. Hierdurch allein (durch Handeln zum Troge der „historischen Objektivität“) sei es ihm möglich gewesen, die deutsche Jugend vorzubereiten für alle die großen Ereignisse, für deren Eintreten er (der Treitschke) von jeder ein inneres Vorgefühl gehabt habe.“ Und so weiter. Aus dem letzten Satz sehen wir, daß Herr Treitschke der eigentliche Gründer des „Deutschen Reichs“ ist. Wir gönnen ihm den Ruhm und überlassen es ihm, sich mit den ähnlichen Gründer-Ansprüche erhebenden Herren Bismarck, Moltke, Stieber u. s. w. auseinanderzusetzen. Doch nun ein Wort über die „ungeschminkte Wahrheit“. Sie besteht darin, daß man der „historischen Objektivität zum Troge“ den nationalen (Hohenzollern'schen) Gesichtspunkt mit besonderem Akzent hervorhebt. Was heißt „historische Objektivität“ (auf die beiläufig wohl der charakteristische Schlosser, nicht aber der Besinnungslump und Flackkopf Häufser, der Treitschke's würdiger Vorgänger war, Anspruch hat)? „Historische Objektivität“ heißt Darstellung dergeschichtlichen Ereignisse und Persönlichkeiten, so wie sie wirklich sind; im Gegensatz zu der „Subjektivität“, welche die Anschauungen, Wünsche und Bestrebungen des Darstellers in das Dargestellte hineinrägt. Kurz „historische Objektivität“ ist in einfachem, allgemein verständlichem Deutsch übersetzt: Geschichtliche Wahr-

heit, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung; und wer sich der historischen Objektivität nicht befähigt, hat überhaupt kein Recht, sich einen Geschichtsschreiber oder Geschichtsforscher zu nennen. Thut er es, so ist er ein, mit mehr oder weniger Absichtlichkeit geschichtsfälschender Charlatan. Und als solcher hat sich Herr Treuticke durch seinen schamlosen Angriff auf die „historische Objektivität“, d. h. die „geschichtliche Wahrheit“ gekennzeichnet, und damit zu unserem Vergnügen sich selber an den Pranger gestellt.“

— In einem Bericht aus Königsberg in Nr. 18 des „Volkstaat“ war mitgeteilt worden, daß die Mitglieder der dortigen Ortsvereine beschloffen hätten, diejenigen ihrer Vereinsgenossen ohne Weiteres auszuschließen, ohne Anspruch auf ihre eingezahlten Gelder, welche der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angehören, oder deren Versammlungen besuchen.

Der „Gewerkeverein“ des Marx Hirsch, der ganz außer sich ist über den kläglichen Durchfall bei den Reichstagswahlen und die derben Äußerungen, welche er von seinen Freunden, den Fortschrittlichen, hat einstecken müssen, obgleich er sich ihnen in der würdelosesten und abgemacktesten Weise an den Hals geworfen, bemerkt zu jener von Königsberg gemeldeten Thatsache grimmig: „Dem „Volkstaat“ kommt es auf eine Lüge mehr oder weniger nicht an, wenn nur das Parteiinteresse dadurch gefördert wird“, und bestreitet die Thatsache. Der „Gewerkeverein“ hat bis jetzt keine Ursache gehabt über die angeblichen „Lügen“ des „Volkstaat“ sich aufzuhalten; wir haben noch jederzeit uns falsche Thatsachen widerrufen und würden es auch im vorliegenden Falle thun, wenn sich nicht herausstellte, daß der „Gewerkeverein“ trotz alledem geklunert hat. Es ist uns vor längerer Zeit eine Thatsache aus Breslau gemeldet worden, woraus allerdings hervorgeht, daß die Gewerkevereine die Taktik befolgen, Mitglieder wegen sozialdemokratischer Gesinnung auszuschließen und sie um die sauer erworbenen, in die Gewerkevereinskassen eingeschossenen Gelder zu pressen. Ein solcher Fall liegt bei dem Mitglied unserer Partei, Flehner, Tischler in Breslau, vor. Dieser wurde vor einem Jahr kurzer Hand und ohne einen statutenmäßigen Grund — die bezüglichen Briefe des Ortsvorstands befinden sich in unseren Händen — ausgeschlossen, und erhielt von seinen über 14 Thlr. betragenden Einlagen seinen Pfennig zurück, obgleich der Dr. Marx Hirsch in einem Briefe an Flehner nicht umhin konnte, ihm wenigstens das Recht auf einen Theil derselben zuzusprechen.

Diese eine Thatsache zeugt von einer Willkür-Herrschaft, wie sie in einem Verein, der mit seiner strengen Rechtfertigung zu prahlen liebt, nicht vorkommen dürfte. Herr Marx Hirsch spricht in seinem Briefe an Flehner auch davon: die Gewerkevereine seien keine Regerverichte. In dem vorliegenden Falle aber hat sich der Breslauer Ortsverein der Tischler allerdings als ein solches bewährt und der „Gewerkeverein“ selbst steht auch nicht an zu erklären, daß Leute, welche der Gewerkevereinsorganisation entgegenarbeiteten, aus dem Verein auszustoßen seien, wozu es gar nichts einzuwenden wäre, wenn dies nicht dahin ausgelegt würde, daß jeder ausgeschlossen wird, der eine nicht fortschrittliche Gesinnung hegt.

Indem aber die „Gewerkevereine“ die fortschrittliche Gesinnung als Bedingung ihrer Mitgliedschaft ansehen, ist bewiesen, daß die so oft schon aufgestellte Behauptung des „Gewerkevereins“, seine Organisation sei keine politische, eitel Lüge ist. Jeder, der die Vorgänge in den Hirsch-Dunker'schen Gewerkevereinen kennt, weiß das zwar schon längst, und wer es nicht wußte, konnte es durch die aller Würde bare Art, wie sich der „Gewerkeverein“ bei der Reichstagswahl der Fortschrittspartei als Bundesgenosse aufzudrängen und, mit Faustschlägen zurückgewiesen, anzubetteln suchte, ersehen; aber es ist doch auch gut, wenn durch feststehende Thatsachen dargethan werden kann, mit welchem Rigorismus das politisch-soziale Glaubensbekenntnis als Bedingung der Mitgliedschaft betrachtet wird. Arme Arbeiter wegen politischer Gesinnung aus der Organisation zu stoßen und sie um ihre Gelder zu pressen, ist eine Methode, die bis jetzt von den Hirsch-Dunker'schen Gewerkevereinen allein befolgt wurde und um welche wir, die verurteilten Sozialdemokraten, sie nicht beneiden.

\*) Note des Scherers. Er war wohl voll des süßen Weins. Bei Commercien wird viel getrunken, und in vino veritas.

## Correspondenzen.

**Berlin.** In der Reichstags-Sitzung vom 6. März ergriff der Abgeordnete Bahlteich vor der Tagesordnung wegen der stenographischen Berichte das Wort. Bahlteich's Rede lautet nach dem stenographischen Sitzungsbericht:

„Meine Herren, der Gegenstand, wegen dessen ich um das Wort gebeten habe, steht in Verbindung mit den stenographischen Berichten. Es sind nämlich in denselben bei Gelegenheit der namentlichen Abstimmungen bisher die Abgeordneten Bebel und Liebknecht als „unentschuldigend fehlend“ aufgeführt worden. Es würde vielleicht unter gewöhnlichen Umständen genügt haben, wenn wir uns deshalb privatim mit dem Bureau ins Einvernehmen gesetzt hätten; indessen bei der ganz eigentümlichen Stellung, welche wir in diesem Hause einnehmen, und bei der Art und Weise, wie man bisher gegen uns verfahren ist (Dho!), habe ich es für nothwendig gefunden, die Sache öffentlich zur Sprache zu bringen.“

„Ich glaube, gerade dieses „Dho!“ gibt mir Veranlassung, auf den Gegenstand näher einzugehen, und zu motiviren, worin das erwähnte eigentümliche Verfahren bestand, und wie sonderbar es erscheint, wenn die Abgeordneten Bebel und Liebknecht als „unentschuldigend fehlend“ aufgeführt sind.“

„Wir haben uns bemüht, es dahin zu bringen, daß der Reichstag die beiden genannten Abgeordneten reklamiere, aber wir haben, indem wir uns an die freisinnigen Fraktionen dieses Hauses wendeten, die nöthige Unterstützung nicht gefunden. Zunächst haben wir die einfache Klamaration zu beantragen versucht; aber man hat sich verschont hinter dem Wortlaut der Verfassung und hat gesagt: „Es thut uns leid, aber wir können nicht.“ Dann haben wir in logischer Folgerung erklärt: unter diesen Umständen muß man beantragen, daß die betreffende Bestimmung der Verfassung geändert wird; — aber auch zu einem solchen Antrage haben wir bei sämmtlichen liberalen, beziehentlich oppositionellen Fraktionen dieses Hauses nicht die nöthige Unterstützung gefunden. Angesichts der Thatsache, daß die Majorität des Hauses eine so ganz eigentümliche Auffassung von dem natürlichen Rechte des Volkes hat, nach welchem dasselbe verlangen kann, daß die gewählten Abgeordneten auch hier in diesem Hause ihre Sitze einnehmen, von der Souveränität des Volkes — angesichts der eigentümlichen Auffassung von diesem Rechte des Volkes, welche die sächsische Staatsregierung dokumentirt, indem sie nicht Veranlassung nimmt, die Abgeordneten Bebel und Liebknecht zu entlassen, beziehungsweise zu beurlauben — da, meinen wir, erscheint es um so sonderbarer, wenn man nun in den gedruckten stenographischen Berichten liest, daß die Abgeordneten Bebel und Liebknecht „unentschuldigend fehlend“.

„Ich hoffe, indem wir dies öffentlich hier ausgesprochen haben, es werde zunächst dazu kommen, daß in Zukunft der wahre Grund angeführt wird, warum die beiden Abgeordneten nicht hier sind, das heißt: weil sie in diesem Hause keine Majorität finden, welche die Abgeordneten, die gefangen sind, zu reklamiren für gut findet, und weil die sächsische Regierung in der Weise eine Verächtung des Volkswillens zur Schau trägt, daß sie die gedachten Abgeordneten nicht beurlaubt. Es soll dies natürlich in den stenographischen Mittheilungen nicht mit den Worten ausgedrückt sein, die ich soeben gesprochen habe; aber man soll wenigstens sagen, wie es der Thatsache entspricht: entschuldigend durch Gefangenschaft die Abgeordneten Bebel und Liebknecht.“

Zum Impfungsgesetz stellte Abg. Hasenklever folgendes Amendement:

„Dem § 6 folgenden Zusatz beizufügen:

Außerdem sind neben diesen Impfstellen Badeanstalten einzurichten, deren unentgeltliche Benutzung jedem Einwohner wöchentlich zweimal freisteht.“

Hierzu sprach der Abg. Most folgende Worte:

„Meine Herren! Es hat das Amendement Hasenklevers großen Widerspruch hervorgerufen, jedoch mit Unrecht. Durch Annahme des § 1 ist der Impfungsbereich bereits im Prinzip entschieden. Ich glaube, es bedarf eines ziemlich großartigen, mehr oder weniger baulastigen Apparates, um diesen Zwang durchzuführen, ja sogar — falls derselben mit Rentenzug begegnet werden sollte — des Aufgebots des zeitlichen Apparates, und jetzt erhebt sich ein Widerspruch, wenn verlangt wird, daß öffentliche Badeanstalten nicht, wie der Abgeordnete Reichensperger meint, neben den Impfstellen, sondern außer den Impfstellen errichtet werden sollen. Meine Herren, wir haben ja so heidenmässig viel Geld — das hat Jemand gesagt, von dem Sie glauben, daß er ein großer Mann sei —: weshalb sich also sträuben, eine Ausgabe zu machen, respective den Staat zu veranlassen, daß er eine Ausgabe macht, welche im Verhältnis zu anderen Ausgaben, die für Dinge gemacht werden, welche der Cultur gegenüber keinen Werth haben und ganz hinfällig sind, sehr geringfügig ist? (Auf: Lauter! Triebhaft!)

„Meine Herren, ich glaube, Sie verstehen mich; es sprechen andere Leute hier im Hause manchmal weniger laut, als ich.“

„Es hat der Herr Abgeordnete Lasker darauf hingewiesen, daß die Soldaten, wenn sie zwangsweise zum Bade geführt werden, sich sträuben, das Bad zu besuchen. Meine Herren, es sind Dinge vorgekommen, welche den Soldaten es nicht angenehm machen, sich in das Bad zu begeben. Man hat die Soldaten bloß aus Eitelkeit in zu kaltes Wasser kommandirt und mittelst Reipetische hineingetrieben. (Große Heiterkeit.)

„Das allerdings ist nicht Geschmacklos ein jeder Menschen; ich glaube auch, das hat mit der vorliegenden Frage gar nichts zu schaffen. Es soll nicht das deutsche Volk zum Baden gezwungen, sondern es soll dem deutschen Volk lediglich ermöglicht werden, daß es sich bade. Ich meine, die Bodenständigkeit beruht, wie jede andere äußerliche Krankheit, ganz besonders auf der Unreinlichkeit; es dürfte also die Ermöglichung des Badens nicht unzumuthig sein. Es wäre nun allerdings vom Staate auch zu verlangen, daß er nicht allein Badeanstalten errichte, sondern den Arbeitern auch Zeit gebe, sich zu baden; (Heiterkeit) vorläufig verlangen wir die Badeanstalten, und wenn wir die haben, so werden wir schon mit dem Normalarbeitstag auch kommen. (Heiterkeit.)

**Berlin, 11. März.** Der Reichstag scheint in dieser Woche eine Anzahl kleiner Anträge beiseitezunehmen, um von ihnen unbelästigt in nächster Woche umso mehr im Geschwindschritt die zweite Beratung vom Preß-, Militär- und Contractbruchgesetz vornehmen zu können. Wahrscheinlich kommt zuerst das Preßgesetz an die Reihe, dann das Contractbruchgesetz und schließlich, sobald der nationalliberale Compromißweg eingemahnen fahrbar ist, das Militärgesetz. Am Montag beendigte der Reichstag die zweite Beratung des Impfungsgesetz, wobei es mehrere namentliche Abstimmungen gab, da die Majorität sehr wackelig war. Der Antrag, wonach, im Falle eine Blatternepidemie ausbricht, die Behörde das Recht hat, die Impfung aller Gemeindeglieder anzuordnen, stand auf besonders schwachen Füßen, da selbst manche Nationalliberale, da unter die Braunschweiger, gegen ihn stimmten. Nach dieser Abstimmung scheint der Kampf gegen den Impfungszwang vergeblich zu sein, obwohl bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfes nochmals dazu Gelegenheit wäre. — Gestern tagten die Militär-, Contractbruch-, Preß- und Petitionskommissionen. In den beiden erstgenannten Commissionen wurde so etwas getrieben, wie schobbern und handeln, was darauf schließen läßt, daß der Drei noch immer zu heiß zum Essen ist. Doch man wird sich bald an ihn gewöhnen haben und dann heißt es bei dem „Hausherren“ Bammerger: „Hunde sind wir ja doch!“ — Heute tagte das „Haus“ fünf Stunden lang, wovon 3 1/2 Stunden für Wahlprüfungsberichte verbraucht wurden. Alle vorgetragenen Wahlen, darunter auch die Münchener, wurden genehmigt, außerdem einige Resolutionen über die Wahlregeln, welche als „schätzbares Material“ zu Füßen des Reichstags gelegt. Der große Doctor Oppenheim, Antidemokrat und heuer nationalseroil, hatte auch einen Bericht abzustatten. Das einzig auffällige bei dieser rhetorischen Leistung war die in Dialekt versunkene Sprache des Redners, im übrigen war der Mann genau so, wie alle Durchschnittsmänner seiner Fraktion.

Nach den Wahlprüfungen kam ein Bericht der Petitionskommission, betreffend die Bestrafung der Kinder unter zwölf Jahren, zur Verhandlung. Hasselmann sprach zu einem von ihm hierzu gestellten Amendement, demzufolge verwahrloste Kinder in recht schaffenen Familien zur Erziehung untergebracht werden sollen, in bestreidender Weise. Er appellirte besonders an das Gemüth, und gab ihm Windthorst später das allerdings zweischneidige Zeugniß, daß die Rede seinen Beifall habe, vorzüglich weil in ihr die Anerkennung der Familie, von welcher die Sozialisten angeblich sonst nichts wissen wollten, enthalten wäre. Lasker bestieg wieder das Roß jener hohen Meinung, wonach er allein ein Gesetzgeber comme il faut ist. Als Bahlteich ihm zurief: „Wir brauchen keine Belohnung!“ ward Herr Lasker recht giftig und klapperte noch eine Weile, doch kam dabei glücklicherweise kein Sozialdemokrat zu Schaden. Auf Antrag von Bants sollte Tagesordnung vorzutreten werden, allein diese sowohl, wie die Anträge auf Berücksichtigung der verwahrlosten Kinder, wurde abgelehnt und schritt alsdann das „Haus“ unter Heiterkeit und Gelächter zur Vertagung bis morgen.

## Brieffasten

der Redaction. Verschiedene Parteigenossen müssen wir auffordern, den „Volkstaat“ genauer zu lesen, da dann eine Menge von Beschwerden wegen angelegener Nichtaufnahmen von Correspondenzen wegfallen. — B. in Alenturg: Sie schreiben an M. in Leipzig, daß keine einzige Correspondenz abgedruckt worden sei. Wir haben abgedruckt, was uns zugesandt wurde und Beies war nicht für den Druck bestimmt. — F. in Ulm: Nicht verwendbar. Eine offene Stelle, wie die gemischte, ist uns zur Zeit nicht bekannt. — Grilenderger in Rhenberg: In nächster Nummer.

mer. Beken Gruß! — G. in Berlin: § 180 wird in nächster Nummer ausführlich behandelt. Gruß! — R. Siebiger in Pögned: Welcher internationalen Gewerkschaft gilt die Bekanntmachung? der Expedition. Arman Berlin: Sie erdalen die betr. Nr. des „Arb.-Ztg.“, sobald selbe hier eingetroffen. — St. Odm Preßburg: Sie können auf die „Amer. Arb.-Ztg.“ ist bereits abgegangen und erhalten Sie nach Eintreffen solche sofort zugesandt. — J. Lande's Barmen: Sgr. 4 Thlr. — Fiedel Kruschwitz: Sgr. 20 Gr. — R. München: Sgr. 26. 5. — R. Köhler Götting: Sgr. 1 Thlr. 1. 17. — Dr. Baid. Sgr. 1 Thlr. 1. 5. 5. — Klempnerverein Berlin: Ann. 5 Gr. — C. P. 1 Thlr. 1. 5. — J. Mann Dautberg: 1 D. 7 Toler. — Sgr. 1 Thlr. 1. 6. — J. Mann Preßburg: Abon. 1 Thlr. 1. 4. — C. P. hier. Sgr. 1 Thlr. 2. 18. — Ditts hier: Ann. 3 Gr. — R. P. Wersberg: 1 D. 21 Gr. — Sgr. hier: Sgr. 6 Gr. — T. Connewitz: Sgr. 2 Gr. — T. Chermich: Sgr. 6 Gr. — T. P. Wien: Sgr. 18 Gr. 3 Pf. — M. Lutz Berlin: Sgr. 20 Gr.

## Zum Wahlsond

Von Ritzhen hier 28 Gr., Liste 1066.

**Mugsburg** Die Abonnenten des „Volkstaat“, „Soz.-dem. Wochenblatt“ und „Zeitung“, ebenso die Abnehmer von Schriften werden hiermit freundlichst ersucht, die noch rückständigen Gelder bis Ende März einzuliefern, damit eine pünktliche Abrechnung möglich ist. Für die Filial-Expedition: J. Endres, C. 361.

**Berlin** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Die regelmäßigen Bezirksversammlungen fallen wegen der Gedenkfeier des 18. März aus. Die nähere Anzeile in der Mittwoch-Knummer und durch Säulen-Anschläge. — Zu dieser Feier werden auch die Frauen eingeladen. Das Agitations-Comite. Parteigenossen! Sorgt ununterbrochen für die Ausbreitung des „Volkstaat“.

**Berlin** Montag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Versammlung der Klempner und Berufs-genossen. Friedr. Schuler, Vor.

**Gohlis** Montag, 17. März, 8 Uhr Abends: Versammlung in der „Oberschenke“. — Tagesordnung: „Zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Vortrag von Ramm — Verschiedenes. Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Halle a. S.** Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Montag, den 16. März, Abends 8 Uhr: Tanzkränzchen in Müller's Bellevue. Wozu Freunde und Vereinsgenossen eingeladen werden. Der Vorstand.

Zur Beachtung. Den auswärtigen Kollegen, welche beabsichtigen nach Halle a. S. zu reisen, diene zur Nachricht, daß sie die Firma Mathias & Hausmann, wenn es möglich ist, meiden, indem sich dieselbe unsern Bestrebungen ernstlich entgegenstellt hat. Die Mitgliedschaft des Allgem. Deutschen Schneider-Vereins. J. A.: Der Ver.-Amittigste.

**Hannover.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Jeden Sonnabend regelmäßig 8 Uhr Abends im Parteilichen Lokal, Knochenhauerstraße Nr. 59 Mitglieder-Versammlung. Gäste sind willkommen. Schwarze, Vertrauensmann.

**Leipzig.** Metallarbeiter-Gewerkschaft. Montag, den 16. d. M.: Sitzung der Redaction, (Goldner Ring) Nikolaistraße Nr. 38. Tages-Ordnung: Sozialer Wochenbericht, Fraaerlaffen, Aufnahme neuer Mitglieder. Das Erscheinen Aller ist Ehrensache. Gleichzeitig ersuche ich die statistische Commission, auch zu erscheinen. Ludw. B. Voelkmann-ster.

**Leipzig.** Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr: Versammlung Gewandhäuser 4. L. Wegen wichtiger Angelegenheiten müssen Alle am Platze sein. D. V.

**Leipzig.** Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 14. März, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Zeller, Windmühlenstraße 7. Vortrag von H. Ramm. Der Vorstand.

**Neudorf.** Sonntag, den 22. März, Nachmittag 3 Uhr: Fest zum Andenken der am 18. März 1848 Gefallenen, wozu wir Freunde und Gesinnungsgenossen von Nah und Fern freundlichst einladen.

**Spandau.** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 16. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung im Hamburger Lannal. 1) Vortrag von C. Bernstein: Die Bestrebungen und Ziele der Sozialdemokratie. — 2) Vortrag eines Agitations-Comites. Die Mitglieder werden aufgefordert, jährlich und pünktlich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

**Thouberg u. Umgegend** Arbeiterverein. Montag, den 16ten März, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum Thouberg: Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Neuwahl des Vorstandes; 2) Rechenschaftsbericht; 3) Eustanzgesetz. Das Erscheinen Aller ist nothwendig. Der Vorstand.

Der „Volkstaat“ liegt zu Jedermanns Einsicht aus bei 4 mit Bebel Marienstraße Nr. 5.

## Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
„ Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
„ Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.  
„ Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.  
„ Baumwollenen feste Arbeitshosen à Stück 27/4 Sgr.  
empfehl

**Louis Guttman**

[J. JN] No. 24 Grimmische Strasse No. 24

**Abnehmer von Holz-Pantoffeln**

sucht Joh. Blum zu Bistowoya bei Jarocin. Die Parteigenossen werden gebeten, mir soviel als möglich Rathschafft zu ertheilen. Jedem Tdt. pro Hundert der Einnahme zahle ich an die Parteilasse für pol. Gemah. regelt.

Reelle Waare, feste Preise. Pro Dyd. 4 Thlr., hinten mit Leder Einfassung pro Dyd. 5 Toler. Auch Paarweise werden gegen Einsendung des Betrags verkauft, wobei Länge und Döde des Fußes angegeben ist. Brieflässe erheben nur acen baar.

Eine freundlich möblirte Stube ist an ein oder zwei Herren als Schlafstelle zu vermieten. Neubnig, Tschannenweg 31, 2. Et. rechts. Unserm guten Freunde

**Stefan Sorg**

bei seiner Abreise von hier ein herzliches Lebwohl. Leipzig, 11. März 1874. — um R. —

Leipzig. Secunaw. Redaction. R. Preitzer. Redaction u. Expedition (Hochstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.